



## ***Fraktionen im Regionalverband Großraum Braunschweig***

20.08.2020

### **Antrag**

#### ***Verzicht auf Ölschieferlagerstätten im Regionalverband Großraum Braunschweig***

<b><i>Beratungsfolge</i></b>	<b><i>Sitzung</i></b>	<b><i>öffentlich / nichtöffentlich</i></b>
Ausschuss für Regionalentwicklung	10.09.2020	öffentlich
Verbandsausschuss	24.09.2020	nichtöffentlich
Verbandsversammlung	01.10.2020	öffentlich

### ***Beschlussvorschlag***

Die Verbandsverwaltung wird gebeten, sich bei der Niedersächsischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass auf eine Festlegung der Ölschiefer-Lagerstätten nördlich von Hondelage (Stadt Braunschweig) und Wendhausen (Gemeinde Lehre, Landkreis Helmstedt) sowie zwischen Flechtorf (Gemeinde Lehre, Landkreis Helmstedt) und Schandelah (Gemeinde Cremlingen, Landkreis Wolfenbüttel) als Vorrang- oder als Vorbehaltsgebiet zur Rohstoffgewinnung im Landesraumordnungsprogramm verzichtet wird.

Die Verbandsverwaltung des Regionalverbandes wird zugleich beauftragt, die genannten Ölschiefer-Lagerstätten in der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) des Regionalverbandes Großraum Braunschweig nicht mehr als solche festzulegen. Diese Flächen sollten vielmehr künftig Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft werden.

### ***Sachverhalt***

Das zuständige Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat am 27.11.2019 öffentlich bekannt gegeben, im Landesraumordnungsprogramm an der Darstellung als Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung festhalten zu wollen. Somit wäre auf diesen Flächen eine Rohstoffgewinnung im Tagebau möglich. Im Zuge der Neuaufstellung des RROP müsste sich der Träger der Regionalplanung an die Ziele des Landes (LROP) anpassen und sie als Vorranggebiet Rohstoffgewinnung festlegen. Als Ziel der Raumordnung entfaltet das Vorranggebiet Rohstoffgewinnung gemäß § 4 ROG strikte Bindungswirkung.

Aus Gründen des Umweltschutzes und einer geordneten Raumentwicklung ist dies nicht vertretbar. Die negativen Auswirkungen auf die Natur sowie auf die heimische Bevölkerung übersteigen aus unserer Sicht deutlich den Nutzen dieser Rohstoffgewinnung. Zugleich ist dies mit den klimapolitischen Zielen unvereinbar. Die Schadstoffbelastung der Luft, des Wassers und des Bodens sowie die Zerstörung von Naturräumen und dem damit verbundenen Verlust von Lebensqualität für die Bevölkerung vor Ort sind vielfach dokumentiert.

In der Bevölkerung gibt es bereits jetzt großen Widerstand. Es wäre aus unserer Sicht ein fatales Signal an die Bevölkerung, gewachsene natürliche Lebensräume für eine ineffiziente Rohstoffgewinnung zu zerstören.

Marcus Bosse  
Vorsitzender, SPD

Reinhard Manlik  
Vorsitzender, CDU

Dr. Frank Schröter  
Vorsitzender,  
Bündnis 90/Die Grünen

Ingo Schramm  
Vorsitzender, FDP